

Beschämende Zustände in der BEA

Am Samstag, 5.9.2015 wurde in Freiburg eine Bedarfsorientierte Erstaufnahmestelle für bis zu 900 Personen in Betrieb genommen. Vom ersten Tag an ist das NoLagerFreiburg-Bündnis kontinuierlich vor Ort präsent – zunächst durch die beiden (nach 3 Tagen von der Polizei geräumten) Willkommenszelte auf einer ungenutzten Brache gegenüber, seit der Räumung durch einen Infostand auf einem Gehweg direkt neben der BEA.

Wir konnten bereits in der kurzen Zeit uns berichtete Missstände, die in Lagern wie der Freiburger BEA strukturell angelegt sind, dokumentieren, die in Zahl und Ausmaß zutiefst beschämend sind, und wollen sie im Folgenden und auch in Zukunft weiterhin der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Ziel unseres Bündnisses ist, eine klare Kritik des Lagersystems zu verknüpfen mit der Bereitstellung von Informationen für die Geflüchteten (Aufklärung über ihre Rechte, das Asylverfahren etc.) sowie für Anwohner_innen und Passant_innen (zum Abbau von Unsicherheiten und Ressentiments). Obwohl die massive Mangelsituation bei vielen der Betroffenen die Notwendigkeit einer auch humanitären Intervention erzeugt, sehen wir hierin nicht unsere Verantwortung, sondern die des Regierungspräsidiums bzw. der Betreiberfirma.

European Homecare und „Sicherheitsmaßnahmen“

Die Betreiberfirma „European Homecare“ ist ein **gewinnorientiertes Unternehmen**. Im Jahr 2013 hat das Unternehmen mit dem Betrieb von Lagern wie der Freiburger BEA mehr als 1,4 Mio. Euro Gewinn gemacht (2012: 800.000 Euro).

Weil es in anderen von European Homecare betriebenen Lagern zu massiver Gewalt seitens des Sicherheitsdienstes an den Geflüchteten kam, ist dieser Verantwortungsbereich bei der Freiburger BEA an einen externen **Sicherheitsdienst** ausgelagert. Die schwarz gekleideten Securities tragen auf Empfehlung ihres Arbeitgebers kugelsichere Westen und haben u.a. Handschellen am Gürtel.

Die BEA ist von einem hohen Zaun umgeben. Dieser ist oben mit **Stacheldraht** versehen, der lediglich auf wenigen Metern zur Straße hin abgenommen wurde.

Ein Teil der Asylsuchenden muss gelbe **Bändchen am Arm** tragen, wofür sich insbesondere ältere Menschen schämen. Es ist unklar, ob diese der Einlasskontrolle dienen oder einem anderen Zweck.

Personen von außen/eine (lager-)kritische Öffentlichkeit haben keinen **Zutritt zum Gelände**. Die Securities öffnen für jede_n Refugee einzeln den Bauzaun und schließen ihn danach wieder. Viele wussten zumindest in den ersten Tagen nicht, dass sie das Gelände überhaupt verlassen dürfen. Auch hatten viele Refugees verstanden, dass sie verpflichtet seien, spätestens um 22 Uhr auf dem BEA-Gelände zurück zu sein (was nicht zutrifft).

Die Unterbringung in Lagern ist teuer, und sie ist eine massive Einschränkung von Bewegungsfreiheit und Persönlichkeitsrechten der Betroffenen. Es handelt sich um ein System vollständiger Kontrolle, in dem die Betroffenen keine Privatsphäre haben und der ständigen Möglichkeit des staatlichen Zugriffs ausgesetzt sind. Flucht ist kein Verbrechen und Geflüchtete haben ein Recht, nicht unter haftähnlichen Bedingungen gehalten zu werden!

Geld

Die Geflüchteten in der Freiburger BEA bekommen **keinerlei Bargeld**, sondern lediglich Sachleistungen (Massenunterbringung, Kantinenessen, gesammelte Altkleider).

Ihre einzige Möglichkeit, an Bargeld zu kommen, ist für **1,05 Euro** in der Stunde sogenannte „gemeinnützige Arbeit“ zu verrichten, das heißt, in der BEA zu putzen.

*Dass den Menschen Bargeldzahlungen vorenthalten werden ist ein klarer **Rechtsbruch**. Nach AsylbLG steht Asylsuchenden eine Bargeldsumme von 143 Euro monatlich (für alleinstehende Erwachsene) zu, auch vor der Asylantragstellung/Anhörung und selbst dann, wenn sie aufgrund der Überlastung von Behörden noch nicht formal registriert sind.*

Das Lager für eine Summe, die einen Bruchteil des gesetzlichen Mindestlohns beträgt, von den Geflüchteten reinigen zu lassen, ist für die Betreiberfirma ein echtes Schnäppchen!

Güterverteilung

Es gibt einen „**Eincheckzettel**“, auf dem vermerkt ist, was an die Asylsuchenden ausgegeben wurde: Kopfkissen, Kopfkissenbezug, Bettlaken, Decke und Bezug, Handtuch und eine Tasse – also lediglich die grundlegendsten Dinge für ein Nachtlager.

Betreiberfirma/Sicherheitsdienst haben am ersten Wochenende nach der Eröffnung große Mengen an **Sachspenden** (vor allem Kleidung und Spielsachen) von Privatpersonen aus Freiburg entgegen genommen. Von diesen wurde bislang nichts an die Geflüchteten ausgegeben. Viele verfügen derzeit nach wie vor nur über die **Kleidung**, die sie am Körper tragen. Vor allem junge Männer fragen nach langen Hosen und warmer Oberbekleidung, weil sie in den Nächten frieren. Ein besonderes Problem stellt dar, dass keine Unterwäsche an Frauen ausgegeben wird.

Ein großer Mangel besteht an **Hygieneartikeln**. Frauen berichten, dass sie keine Käämme und keine Artikel für die Monatshygiene haben. Frauen und Männer fragen nach Duschgel, Shampoo und Badeschlappen.

Die Menschen können nicht schlafen, weil es in den Zelthallen mit den vielen hundert Menschen so laut ist – es gibt keine **Ohrenstöpsel**.

Nach dem Spenden-Annahmestop von offizieller Seite brachten viele BürgerInnen ihre Sachen zum NoLager-Infopoint. Wir sehen es nicht als unsere Aufgabe an, die humanitären Notstände aufzufangen, die durch das Lagersystem zwangsläufig entstehen. Durch den massiven Druck seitens Bürger_innen, die ihre Sachspenden nicht wieder mit nach Hause nehmen wollten, sowie den akuten Bedarf vieler Betroffener entstand dennoch eine informelle Ausgabe von Sachspenden. Diese stellen wir hiermit ein. Nicht, weil wir die Betroffenen im Stich lassen wollen, sondern weil wir die Verantwortung hierfür bei Regierungspräsidium und Betreiberfirma sehen und unsere Kraft darauf bündeln wollen, den Geflüchteten rechtliche und politische Unterstützung zu geben.

Wohnen/ Haushalt

Es gibt offenbar nur acht **Duschen** für über 500 Personen. Teilweise wurde berichtet, dass es kein warmes Wasser gibt. Vereinzelt wird (bereits in der ersten Woche nach der Eröffnung!) berichtet dass die Duschen sehr schmutzig sind und sich die Menschen davor ekeln.

Jeweils 5-9 Personen **wohnen** in einem wenige Quadratmeter großen Bereich, der mit Stellwänden abgegrenzt ist. Es scheint aber in mindestens einer der beiden Zelthallen auch einen weitaus größeren Bereich ohne Trennwände zu geben, in dem Stockbetten frei nebeneinander stehen.

Jede Person verfügt über einen **Metallspint**, der aber nicht abschließbar ist. Es gibt offenbar keinen Ort um persönliche Gegenstände sicher aufzubewahren.

Es gibt in den Schlafhallen vereinzelte Plastikstühle. Im Bereich der Essensausgabe gibt es **Sitzgelegenheiten** an Biergarnituren (laut Plan bei der öffentlichen Begehung: 170 Sitzplätze). Neben dem „Aufenthaltszelt“ gibt es – von der Straße einsehbar – eine Reihe von Biergarnituren (nicht überdacht). Es gibt eine kleine asphaltierte Freifläche zur Straße hin, auf der gelegentlich Fußball gespielt wird. Es gibt keine weiteren Freiflächen für Aufenthalt und etwaige Freizeitgestaltung.

In Lagern wie der Freiburger BEA sind Menschen sehr unterschiedlicher sozialer Herkunft dazu gezwungen, in drangvoller Enge, ohne Rückzugsmöglichkeiten und oftmals auch ohne gemeinsame Sprache zusammenzuleben – und das in einer bedrückenden Situation unmittelbar nach einer oftmals langen und traumatisierenden Flucht sowie in völliger Unklarheit, wann es wie mit ihnen weitergehen wird! Viele sind seit Monaten oder Jahren auf der Flucht und haben noch nicht realisiert, dass jetzt ein u.U. ebensolanger bürokratischer Kampf und eine anhaltende ausgrenzende Unterbringung in Lagern auf sie zukommt. Wir sehen in dieser Situation ein strukturell angelegtes beträchtliches Potential für die Eskalation von Konflikten. Wir denken nicht, dass es möglich ist, dem im Rahmen der Massenunterbringung mit mehr Sozialarbeitsstellen entgegenzuwirken.

Versorgung mit Essen

Die Menschen können sich kein eigenes Essen zubereiten, sie müssen das essen, was die **Großküche** ihnen reicht.

Die **Essenszeiten** sind wie folgt: Frühstück 8-10 Uhr, Mittagessen 12-14 Uhr, Abendessen 16-18 Uhr. Insbesondere das Abendessen, so die Betroffenen, sei viel zu früh, sie seien abends wieder hungrig.

Manchen genügen die **Portionsgrößen** nicht, sie klagen über Hunger. Immer wieder kommt es vor, dass sehr viele Personen nach einer Mahlzeit darüber klagen, dass ihnen das Essen nicht geschmeckt hat und sie hungrig sind.

Medizinische Versorgung und Sozialarbeit

In den ersten Tagen scheint kein **Arzt** in der BEA gewesen zu sein. Gerüchtweise war an einem Tag ein Arzt aus Heidelberg vor Ort.

Geflüchtete berichteten uns von erkrankten/**hustenden Kindern**, die nicht medizinisch versorgt wurden.

Die Geflüchteten in der BEA sind ganz offensichtlich nicht darüber **informiert**, dass sie ein Recht auf ärztliche Versorgung und auf freie Wahl des Arztes/der Ärztin haben.

Auf Nachfrage berichten die Geflüchteten, dass zwischen 0 und 2 **Sozialarbeiter_innen** anwesend seien (bei inzwischen über 500 Personen müssten es dem zugesicherten Betreuungsschlüssel nach immerhin 5 sein). Am Wochenende nach der Eröffnung waren die Rollläden zu den Sozialdienst-Containern heruntergelassen, der Sozialdienst also wohl nicht anwesend (erreichbar?), und das, obwohl noch nicht einmal die Verteilung von Kleidung begonnen hat.

Wir gehen davon aus, dass es zumindest zeitweise etwa für medizinische Probleme keine anderen **Ansprechpersonen** als die (i.d.R. männlichen) Securities gibt.

Frauen, Kinder, Schwangere und stillende Frauen

Besonders dramatisch ist die Situation in der Freiburger BEA, wie auch in anderen Lagern, für Frauen und Kinder.

Es gibt in der BEA keine gesonderten Rückzugs- und **Schutzräume** für Frauen und Kinder. Es gibt keine geschützten Bereiche etwa zum Stillen von Säuglingen.

Es gibt **keinen Spielplatz** oder sonstige zum Spielen vorgesehene Freiflächen, lediglich einen asphaltierten Bereich zur Straße hin.

Es gibt keine Möglichkeit, **Wasser zu erhitzen**, um Tücher etc. auszukochen. Es ist offenbar nicht erlaubt, in der BEA einen Wasserkocher anzuschließen. Es gibt somit auch keine Möglichkeit, Babynahrung zu erwärmen.

Es wurde offenbar bisher keine **Babynahrung** ausgegeben.

Es wurde uns von **kranken Kindern** berichtet, die nicht medizinisch versorgt werden.

Eine unabhängige **Hebamme** bekam keinen Zutritt zum BEA-Gelände, konnte aber am NoLager-Infopunkt mit zahlreichen schwangeren und stillenden Frauen ins Gespräch kommen.

Eine schwangere Frau, bei der **frühzeitige Wehen** eingesetzt haben, bekam anscheinend von einem tageweise anwesenden Arzt in der BEA Paracetamol gereicht und wurde weggeschickt. In einer solchen Situation braucht die betroffene Frau umgehende intensive medizinische Versorgung, andernfalls kann es zu einer verfrühten Geburt mit fatalen Folgen für das ungeborene Kind und auch für die Mutter kommen.

Die Organisation „Women in Exile and Friends“ fordert seit Langem: keine Lagerunterbringung für Frauen! Frauen und Kinder haben spezifische Bedarfe und befinden sich in einer besonders verletzlichen Position, insbesondere, sollte es in der angespannten Situation im Lager zu Konflikten kommen. Auch sind sie potentiell (sexualisierten) Übergriffen ausgesetzt. Bei der Begehung des BEA-Geländes vor der Eröffnung hieß es von Seiten des RP, „es kommen zu wenige Frauen, als dass wir auf sie gesondert Rücksicht nehmen könnten“. Wir finden: im Gegenteil! Je weniger Frauen, desto wichtiger ist es, spezifische Schutzräume zu schaffen. Natürlich fordern wir die Abschaffung der Lagerunterbringung für alle Menschen, besonders dringlichen Handlungsbedarf sehen wir aber bei Frauen und Kindern, denen unbedingt sofort Wohnungen sowie eine ausreichende medizinische und sonstige Versorgung angeboten werden müssen.

Informationen

Die Menschen verfügen über praktisch keine Informationen und sind zum Teil vollständig orientierungslos bezüglich ihrer Situation, des Ortes an dem sie sich befinden, sowie ihrer Rechte und Pflichten. Ob das einer unzureichenden Übersetzung geschuldet ist oder Informationen tatsächlich nicht zur Verfügung gestellt werden, wissen wir nicht.

Es wurde uns von einer Tafel berichtet, auf der die Namen der Personen vermerkt werden, die sich bereithalten müssen um nach Karlsruhe verlegt zu werden oder „medical checks“ an sich durchführen zu lassen. Anscheinend droht bei Nicht-Beachtung, auch wenn die Ursache bsp.weise ist, dass eine Person nicht lesen kann, Sanktionierung.

Die Menschen haben scheinbar keinerlei Informationen darüber erhalten, wo sie sind. Teilweise kennen sie nicht einmal den Namen der **Stadt**. Stadtpläne werden nicht ausgegeben.

Es gibt widersprüchliche Angaben/Unklarheit bezüglich der **Residenzpflicht**. Seitens des Regierungspräsidiums hieß es, die Residenzpflicht umfasse ganz Baden-Württemberg. Von anderer Stelle (Securities? Sozialarbeiter?) hingegen haben die Geflüchteten gehört, dass sie das Freiburger Stadtgebiet nicht verlassen dürfen. Auf denjenigen Papieren von Betroffenen, die wir bislang einsehen konnten, war jedoch nichts derartiges vermerkt.

Immer wieder beklagen Geflüchtete ein massives Informationsdefizit über das, was jetzt weiter mit ihnen geschehen wird. Sie fragen nach Aufklärung über **rechtliche Abläufe** sowie über ihre Rechte und Pflichten. Seitens der BEA oder des RP werden ihnen offenbar keinerlei inhaltliche Informationen bezüglich des Asylverfahrens zur Verfügung gestellt.

In den ersten Tagen gab es, obwohl im Vorfeld zugesichert, in der BEA kein **Internet**. Aktivisten der Initiative FreiFunk, die auch in anderen Städten Lager mit kostenlosem W-Lan ausstatten, haben unbürokratisch Router aufgestellt, die aber anscheinend bereits wieder abmontiert wurden. Ein Internetzugang ist für die Geflüchteten von enormer Bedeutung, da er den Kontakt mit Angehörigen und Freund_innen in den Herkunftsländern ermöglicht.

In der BEA wird den Geflüchteten keinerlei Hilfestellung oder Material zum Aneignen von **deutschen Sprachkenntnissen** zur Verfügung gestellt – alles was bisher an spontanen Deutschkursen etc. geschah, ging von Freiwilligen aus dem Umfeld des NoLager-Bündnisses aus.

Einige Asylsuchende wurden bei einer Fahrscheinkontrolle in der **Straßenbahn ohne Ticket** aufgegriffen. In der BEA wurden sie offenbar nicht darüber informiert, dass und wie man ein Ticket kauft, sie können kein Deutsch, und haben jetzt jeder eine Strafzahlung von 60 Euro am Hals (zur Erinnerung: kein Taschengeld für Geflüchtete in Erstaufnahmeeinrichtungen).

Die Informationslage ist verheerend. Weder scheinen den Menschen, die in der BEA leben müssen, auch nur in geringstem Umfang Informationen über die Stadt in der sie sich befinden, zugänglich gemacht zu werden, noch, und das belasten die Menschen am meisten, darüber, wie es mit ihnen weitergeht. Sie haben teils lange und dramatische Fluchtwege hinter sich und sind nun einer Bürokratie ausgeliefert, die selbst für Personen mit guten Deutschkenntnissen kaum zu überblicken sind.

Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung von Flüchtenden, die Schaffung sicherer Fluchtwege nach Europa sowie ein Angehen von bundesdeutschen/europäischen Verstickungen in globale Fluchtursachen.

Wir fordern ein Ende der Entmündigung und der regelrechten Inhaftierung von Geflüchteten. Es handelt sich um Menschen, die ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben führen möchten und nun von einer auf Abschiebung ausgerichteten Bürokratie auf unbestimmte Zeit darin vollständig ausgebremst werden.

Wir fordern ein Recht auf freie Wohnsitzwahl für alle.

Wir fordern: wer bleiben will soll bleiben!

No Lager – nicht in Freiburg, nicht in Rözke und auch an keinem anderen Ort!